

20. Januar 2016

Rundfunkbeitrag endlich sozial gestalten – Zwangsvollstreckungen aussetzen

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Jörn Kruse

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Sehr geehrte Damen und Herren,

Auf den ersten Blick ein typischer Linken-Antrag: Die wollen mehr für Ihre Klientel (oder mindestens für deren Optik) , auf Kosten der Allgemeinheit. Aber der Antrag wirft auch eine grundsätzliche Frage auf, nämlich die nach der Legitimität der Höhe der Rundfunkgebühr (bzw heute Rundfunkbeitrag) . Das ist eine eminent wichtige Frage. Und diese beurteile ich natürlich aus ökonomischer Perspektive.

Die Umbenennung von Rundfunkgebühr zu Rundfunkbeitrag (RfB) und die neue Beitragsstruktur zeigt noch deutlicher als vorher, dass der Rundfunkbeitrag de facto eine Steuer ist. Ökonomen haben da keinen Zweifel. 4 von 5 ihrer Kriterien für eine Steuer sind erfüllt - nur das Nonaffektationsprinzip nicht, da das Aufkommen nicht zur Gesamtdeckung der staatlichen Haushalte verwendet wird, sondern nur an die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten fließt. Vor allem ist es eine staatliche Zwangsabgabe.

Der Rundfunkbeitrag ist auch deshalb wie eine Steuer zu behandeln, weil der Staat -- und damit die Parteien, die in den Ländern die Macht haben -- über deren Höhe entscheidet. Der Hinweis auf die KEF (also die "Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs") ist dabei eine Verschleierungsstrategie, weil die dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk geben, was er haben will. Die KEF prüft die Wirtschaftlichkeit nur wie Buchhalter, aber ohne Berücksichtigung der ökonomischen Zusammenhänge. Die KEF kann und soll (nach dem Willen der Parteien) auch nicht die eigentlich relevante politische Entscheidung treffen, nämlich die über den Umfang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, seine Qualität, seine Einschaltquoten-Orientierung per Programmpolitik --- und vor allem sein Wettbewerbsverhältnis zum auf Märkten erlösfinanzierten privaten Fernsehen. Weil Letzteres von zentraler Bedeutung ist, sollten die Entscheidungen über die Höhe des Rundfunkbeitrages auch nicht von der Politik, sondern vom Bundeskartellamt oder von der Monopolkommission getroffen oder mindestens jedesmal überprüft und genehmigt werden.

Diese Zusammenhänge sind offenbar vielen nicht klar. Ein hohes Rundfunkbeitrags-Aufkommen (also ein hohes Budget für die

Rundfunkanstalten) erlaubt diesen nicht nur die Produktion und Ausstrahlung vieler und publikums-attraktiver Programme, sondern gibt diesen auch alle Möglichkeiten, dem privaten, werbefinanzierten Fernsehen auf den Input-Märkten die wertvollen Rechte und Top-Inputs wegzukaufen (Kunststück, wenn man eine so tiefe Tasche aus Zwangsbeiträgen hat und sich nicht am Markt refinanzieren muss), so dass diese geringere Einschaltquoten und damit weniger Erlöse haben. Dies betrifft vor allem (aber nicht nur) "Positionalgüter", also top-attraktive Inputs und Rechte, z.B. für die Fußball-Bundesliga und andere Sportrechte für hochattraktive Events, womit sie die Preise für diese Rechte erheblich in die Höhe treiben.

Die Parteipolitiker entscheiden also bei der Festsetzung des Rundfunkbeitrags über Existenz, Größe und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen und ebenso des privaten Fernsehens. Und den öffentlich-rechtlichen Anstalten ist das mehr als bewusst. Sie verhalten sich deshalb nett zu den etablierten Parteien, die in den jeweiligen Ländern das Sagen haben -- und die außerdem in ihren Rundfunk-Gremien sitzen. Sie machen freundliche Kommentare in den politischen Sendungen, laden deren Politiker überhäufig in Talkshows ein und machen nette Interviews. Bei der Kanzlerin würde ich die Fragesteller (richtiger wäre wohl Stichwortgeber) manchmal geradezu devot nennen. Kritischer Journalismus sieht anders aus. Bei den etablierten Politikern kann man sich übrigens auch beliebt machen, indem man bei den politischen Konkurrenten der Etablierten ordentlich draufhaut -- oder wahlweise sie auch ganz ignoriert.

Das ist seit langem so. Das weiß ich sehr genau, weil ich mich vor mehr als 10 Jahren einmal intensiv mit diesen Zusammenhängen ökonomisch befasst habe. Und die öffentlichen Sender wissen auch sehr genau, warum sie das tun, nämlich um ihre eigenen Privilegien zu verteidigen, die von der Höhe des Rundfunkbeitrags abhängen. Und die nicht am Markt verteidigt werden müssen.

Und die Parteien wissen auch, warum sie das tun. Wenn die reichweitenstarken Programme privat wären, müssten sie sehr viel kritischere Kommentare und Interviews gewärtigen als von Journalisten, in deren Gremien sie sitzen und über deren Karriere sie mitentscheiden. Das nenne ich "Kumpanei" zwischen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den etablierten Parteien.

Der Ersatz von kritischem Journalismus durch Volksbelehrung und Pädagogisierung, als wären die Bürger kleine dumme Kinder, ist seit langem Teil der öffentlich-rechtlichen Politik. Dass sie allerdings so verantwortungslos Fakten unterdrücken und das Volk (das sie finanziert) beschwichtigen und belügen, wie sie das beim Thema Zuwanderungskrise (und speziell beim Thema Silvester in Köln und anderswo) tun, macht selbst mich fassungslos.

Viele meiner Ökonomen-Kollegen (fast alle Ordoliberalen wie ich selbst) sind der Auffassung, der Rundfunkbeitrag sei inzwischen (als Folge des technischen Fortschritts) obsolet und könne ebenso abgeschafft werden wie der ganze öffentlich-rechtliche Rundfunk. Ich schließe mich dieser strikten und extremen Position ausdrücklich nicht an. Aber auf dem Prüfstand steht die Höhe des Rundfunkbeitrages und damit das Budget und der Umfang des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, wie es Gegenstand des Linken-Antrages ist.

Das Argument vieler Ökonomen ist, dass das Nichtausschluss-Prinzip schon lange nicht mehr gilt, was früher einmal die zentrale ökonomische Begründung für die Rundfunkgebühren war. Diese Tatsache lässt sich auch nicht bestreiten. Seit der Digitalisierung wäre es sogar für alle Distributionswege (Kabel, Satelliten, Terrestrik, Internet) problemlos anwendbar.

Weshalb ich nicht für eine Abschaffung des Rundfunkbeitrages (und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks) bin -- und das ist meine persönliche Meinung und nicht diejenige aller meiner Fraktionskollegen und Parteifreunde -- hängt damit zusammen, dass ich davon ausgehe, dass bei einer freien Markt-Konkurrenz zwischen dem direkt-ausschlussfähigen Pay-TV (Abo-TV) und dem komplementär-ausschlussfähigen werbefinanzierten Fernsehen, der Zuschaueranteil von Letzterem riesig wäre, und somit das meiste "normale Fernsehen" dauernd durch Werbespots unterbrochen würde. Ich war oft genug in den USA, um die Folgen zu kennen. Die meisten Deutschen wollen das sicher nicht, bzw sie würden es nicht wollen, wenn sie die Alternativen kennen würden.

Damit kommen wir wieder zur Höhe des Rundfunkbeitrages und damit zu den Erlösen (und dem Budget) der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Diese bestimmen hier nämlich die Wettbewerbsfähigkeit und nicht umgekehrt wie sonst üblich. Es stellt sich die Frage, welche Sendeinhalte so wichtig, wertvoll, und unverzichtbar sind, und die sonst nicht (oder nicht in dieser Qualität) zu sehen sind, dass eine Zwangsfinanzierung über den Rundfunkbeitrag legitimiert ist. Dies ist die Frage nach dem meritorischen Charakter von Sendeinhalten. Dies kann z.B. grundsätzlich für bestimmte Sendungen in Kultur, Politik, Dokumentationen etc., weniger populäre (und damit billigere) Sport-Events, z.B. in Rand-Sportarten, weniger populäre (und damit billigere) Unterhaltungs-Inhalte etc., was im Einzelnen immer umstritten wäre.

Wenn wir einen strengen meritorischen Maßstab anlegen, könnten wir vermutlich den Rundfunkbeitrag halbieren oder dritteln und die Hälfte aller Haushalte ganz befreien, wie die Linken das vermutlich wollten. Bei einem weniger strengen Maßstab -- also nur Nichterwerb positionaler (und damit besonders teurer) Sportrechte (Fußball-Bundesliga, Champions League, Pokal, WM, Olympia etc) und z.B. Top-Spielfilmrechte und Top-Unterhaltungsware aller Art -- könnten wir problemlos die Haushalte mit eher geringem

Einkommen und alle sozialen Einrichtungen (also alles, was die Linken im Sinn haben) von den Rundfunkbeiträgen befreien, ohne dass andere mehr zahlen müssten.

Wäre das ökonomisch zu rechtfertigen ?? JA ! Fernsehen ist immer "nicht-rival" (d.h. es gibt keine Nutzerkonkurrenz um Ressourcen). Daraus folgt, dass die Grenzkosten (also die Inkrementalkosten pro Zuschauer) immer null und alle Kosten fix sind. Eine Fixkosten-Deckung nach unterschiedlicher Zahlungsbereitschaft, die meistens einkommensabhängig ist (Preisdifferenzierung) ist aber auch für marktwirtschaftliche Unternehmen mit Gewinnabsicht eine normale Preissetzungsmethode.

Sind wir deshalb nun für den Linken-Antrag? Nun, sie fordern Aussetzung der Zwangsvollstreckung für Nichtzahler, das heisst bei solchen Leuten, die die geltenden Gesetze nicht beachten. Die AfD ist aber die Partei des Rechtsstaates -- und wir würden uns wünschen, dass auch die Politiker in Berlin und Brüssel die geltenden Gesetze ernster nehmen würden -- und deshalb können wir dem Antrag nicht zustimmen und werden uns enthalten.